

**Ministerpräsident Dr. Reinhard Höppner**

**"Menschenrecht auf Arbeit" -**

**Rede auf dem**

**Forum Ostdeutschland in Leipzig am 8. Juni 1996**

**C 97 - 02736**

*S. a. X-P*

Im Osten spielt die Musik. Hier entscheiden sich die Zukunftsfragen für unser gemeinsames Land. Hier werden die Weichen für den Wirtschaftsstandort Deutschland gestellt. Wenn im Jahr 2000 zur Weltausstellung Menschen aus aller Welt nach Deutschland kommen, werden sie nicht nur fragen, wie wir gemäß dem Motto der EXPO "Mensch, Natur und Technik" miteinander versöhnen. Sie werden uns auch fragen, wie wir die Probleme des Zusammenwachsens in unserem Land gelöst haben. Davon wird man sich vor Ort bei uns überzeugen wollen. Deutschland hat mit der Wiederherstellung der Einheit eine große Chance bekommen. Wir können sie aber auch verspielen, wenn wir die Herausforderungen der Zukunft nicht gemeinsam anpacken. Wenn wir zulassen, daß der Osten Deutschlands zu einem großen Teil ein Armenhaus in einem der reichsten Länder der Erde wird, dann wird das Ansehen Deutschlands insgesamt in der Welt großen Schaden erleiden. Darum ist unser Thema heute ein gesamtdeutsches Thema.

Die Menschen im Osten Deutschlands sind in hervorragender Weise befähigt, diese Herausforderungen anzupacken. Wir können die Zukunft einer solidarischen Gesellschaft entscheidend mitgestalten. Dieses Selbstbewußtsein bringen wir in das ganze Deutschland ein mit all unserem Engagement, mit Fantasie und Ideenreichtum. Wir haben in den letzten Jahren viel Neues lernen müssen. Wir haben Solidarität erfahren. Wir mußten aber auch am eigenen Leibe erleben, welche Schwächen die Marktwirtschaft hat und daß sie alleine nicht in der Lage ist, die Probleme zu lösen. Nicht nur die Schwachen in der Gesellschaft, sondern auch die Schwachen in der Wirtschaft, die ja immer auch schwach Gemachte sind, weil sie um Möglichkeiten zu aktiver Arbeit gebracht worden sind, die Schwachen bleiben auf der Strecke, wenn der Staat seiner Verantwortung nicht gerecht wird, für sozialen Ausgleich zu sorgen und Gerechtigkeit zu schaffen. In dieser Frage hat die Bundesregierung, wie man an dem stümperhaften und unausgewogenen Sparpaket sehen kann, total versagt.

Wer im Osten den Umbruchprozeß, die Breite der De-Industrialisierung miterlebt hat, sieht die Probleme unserer heutigen Art zu wirtschaften schärfer. Wir haben die Chance, viele Probleme einer zukunftsfähigen sozialen Marktwirtschaft anzusprechen, weil wir - anders als in der alten Bundesrepublik - nicht geblendet sind durch 40 Jahre Wirtschaftswachstum, in denen sich Politik legitimieren konnte durch das Verteilen des Zuwachses von Wirtschaftswachstum. Angesichts dieser Erfahrung sind wir aber auch besonders herausgefordert, Antworten zu geben auf Zukunftsfragen, die im Westen noch vielfach verdrängt werden. Wir müssen Probleme lösen, die im Westen völlig zu unrecht als Probleme der Einheit beschrieben werden und doch Probleme eines weltweiten Wandels sind. Ich kann manchen Träumer im Westen nur davor warnen, die Tatsachen dieses globalen Umbruchs und seiner Folgen zu verdrängen.

Denn die Probleme, vor denen wir stehen, sind nicht das Ergebnis einer konjunkturellen Flaute, sondern einer strukturellen Krise.

Dieser Strukturumbbruch hat vielfältige Ursachen. Einige will ich nennen:

- die Globalisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten
- die Entwicklung zur Informationsgesellschaft
- die nachhaltige, die drastische Vermehrung des Angebotes an qualifizierter Arbeit und die Erhöhung des Investitionstempos in den Schwellenländern
- die weltweite Verfügbarkeit von Wissen und Kapital zu annähernd gleichen Bedingungen.

Alle diese Faktoren haben die Wettbewerbsverhältnisse im Weltmarkt und in der Folge die Wettbewerbsstrategien deutscher Unternehmen erheblich verändert. Wenn es früher gelang, die Vorteile von Niedriglohnländern durch hohe Qualitätsstandards wett zu machen, führt dies heute häufig nicht mehr zum Ziel. Mit der Folge, daß die deutsche Industrie ihre Betriebe reorganisiert, die Produktionstiefe verringert und ihre Produktion ins Ausland verlagert. Dies geht vielfach zu Lasten der Beschäftigten in Deutschland. Unter den gegebenen Arbeitsmarktstrukturen und Bedingungen bedeutet dies: Das Angebot an Arbeitsplätzen wird sich in den alten Industrienationen nicht mehr vermehren.

Dieser Strukturwandel hätte die westdeutsche Wirtschaft viel härter getroffen, wenn nicht die sogenannten Transferleistungen für den Osten in den letzten Jahren zu einer nie dagewesenen Konjunkturspritze für sie geworden wären. Betrachtet man den Osten Deutschlands als einen Wirtschaftsraum, so ist das Außenhandelsdefizit dieses Gebietes wesentlich höher als die sogenannten Transferleistungen. Dabei ist schon die Begriffsdefinition irreführend, bedenkt man, daß eine Autobahn, die bei uns gebaut wird, zu den Transferleistungen zählt. Wenn aber eine Autobahn in München oder Nürnberg gebaut oder erneuert würde, so käme ja wohl niemand auf die Idee, von Transferleistungen von Deutschland nach Bayern zu sprechen. Diese Konjunkturspritze aber hat inzwischen an Wirkung verloren, und dies hat zur Folge, daß die Strukturkrise jetzt auch in den alten Bundesländern deutlich zum Vorschein kommt.

Das Zukunftsproblem Nummer eins ist die Arbeitslosigkeit. Das ist keineswegs nur ein Wirtschaftsproblem. Das ist ein Problem, an dem sich die Menschlichkeit unserer Gesellschaft entscheidet. Es gehört zur Würde des Menschen, daß er in die Lage versetzt wird, durch eigene Arbeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Und es ist menschenverachtend, wenn Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose als zu faul oder zu dumm bezeichnet werden, um für sich selber zu sorgen. Diese Arroganz der Leistungsgesellschaft zu bekämpfen, ist ein fundamentales Ziel sozialdemokratischer Politik. Es gibt keine politische Kraft in Deutschland,

außer der Sozialdemokratie, die konsequent das Menschenrecht auf Arbeit vertritt. Darum ist die Sozialdemokratie, die konsequent für eine solidarische Gesellschaft eintritt, für Deutschland unverzichtbar. Wir Ostdeutschen, die unter dem Schmerz der Ellenbogengesellschaft besonders leiden, sind hier herausgefordert, unsere Stimme zu erheben. Die Sozialdemokratie braucht diesen Impuls aus dem Osten. Und sie will diesen Impuls aus dem Osten, wie dieses Forum Ostdeutschland zeigt.

Diese Stimme ist besonders wichtig, weil wir uns in einer Zeitenwende befinden, deren Ausmaß noch keiner übersieht. Diese Zeitenwende ist weitergehend und tieferliegend als das, was wir mit der Wende von 1990 bezeichnen, die das Ende der Nachkriegsära und den Zerfall der Blöcke signalisierte. Möglicherweise war diese Wende von 1989/90 nur der Vorbote viel größerer Veränderungen in den 90er Jahren und hat diese Veränderungen nur beschleunigt.

Es gibt schon seit den 70er Jahren in der alten Bundesrepublik Anzeichen dafür, daß die klassische Arbeitswelt zerbricht. Diese klassische Arbeitswelt ruhte auf drei Säulen: der Vollzeitarbeit des Mannes, die lebenslang gesichert war, der in der Regel kostenlosen Arbeitskraft der Frau, die für Haus und Familie zu sorgen hatte und schließlich scheinbar unbegrenzt verfügbarer Umwelt-Ressourcen für das wirtschaftliche Wachstum. Alle drei Voraussetzungen sind nicht mehr erfüllt. Wir stoßen an die Grenzen der Belastbarkeit unserer natürlichen Umwelt. Wir wollen die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am gesellschaftlichen Leben, und das bedeutet auch, daß wir die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männern an der Arbeitswelt wollen, weil das Recht auf Arbeit auch für Frauen die Gleichberechtigung fördert. Das gehört zu den guten Erfahrungen, die wir in der Zeit der DDR sammeln konnten, auch wenn wir da von einer Gleichberechtigung noch weit entfernt waren.

Gerade in den neuen Bundesländern hat sich die Arbeitswelt inzwischen extrem verändert. Wie sehr diese Fragmentierung der Arbeitswelt - der massenweise Arbeitsplatzverlust, aber auch schon die Angst vor Arbeitsplatzverlust - Zukunftsangst fördert, Unsicherheit vermehrt und damit auch die sozialen Rechte der abhängig Beschäftigten untergräbt, erleben wir in vielfältiger Weise. Das Gegenrezept, das uns verkündet wird, heißt: Ohne Rücksicht auf die vielfältigen Nebenwirkungen müßte die Wirtschaft angekurbelt werden. Nur die nächste Konjunktur mit einem neuen Investitionsschub könne die Mißstände dieser Gesellschaft beseitigen. Dieses Rezept ist überholt. Ihm ist die Basis entzogen. Mein Land Sachsen-Anhalt ist ein klassisches Beispiel dafür. Wir haben mit Abstand die höchsten Auslandsinvestitionen von allen neuen Bundesländern. Wir haben nach Sachsen die zweite Stelle, was die Investitionen pro Kopf der Bevölkerung anbetrifft, und wir haben trotzdem die höchste Arbeitslosigkeit von allen Bundesländern Deutschlands. Allein die Ankurbelung der Wirtschaft, so wichtig sie auch ist, wird das Problem der Arbeit in Zukunft nicht lösen. Wir müssen dazu neue Wege gehen. Herausgefordert sind wir dazu auch durch den allgemeinen und wohl auch

nicht aufzuhaltenden Trend der Globalisierung der Wirtschaft. Jede Ansiedlung bei uns muß sich dem internationalen Wettbewerb stellen. Wenn ein Investor sich Standortvorteile bei uns verspricht, wird er auch tatsächlich hierher kommen und Arbeitsplätze schaffen. Wenn er an anderer Stelle Vorteile sieht, wird er dorthin gehen. Aus Solidarität zu Ostdeutschland kommt keiner zu uns. Diese Globalisierung aber führt zu notwendigen Angleichungsprozessen. Bereits innerhalb der EU macht sich Sozialdumping breit. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit schließt ein, daß wenigstens soziale Mindeststandards in allen Ländern eingehalten werden. Wir müssen aber von der Illusion Abschied nehmen, als wenn überall in dem größer werdenden Europa deutsche Standards eingeführt werden könnten.

Die grundlegenden Veränderungen haben schon jetzt absehbare Konsequenzen. Offenbar ist die verfügbare, bezahlbare Arbeit in Deutschland begrenzt. Wir erleben, daß sie durch hochproduktive Großinvestitionen nicht vermehrt, sondern eher verringert wird. Wenn ich den Grundstein für ein hochmodernes Warenverteilager lege, dann wird davon gesprochen, daß dabei 100, 200 oder vielleicht gar 300 Arbeitsplätze geschaffen werden. Keiner redet darüber, daß im Laufe der Zeit durch diese hochmoderne Anlage viele kleine Arbeitsplätze an anderen Stellen zunichte gemacht werden. Die hohe Produktivität, zu der Unternehmen im internationalen Wettbewerb gezwungen sind, die man also auch nicht tadeln sollte, weil wir dem internationalen Wettbewerb gewachsen sein wollen, vermehrt aber trotzdem nicht die zur Verfügung stehende bezahlbare Arbeit. Und selbst in der großen Wachstumsbranche von Multimedia sind die Prognosen über dort neu entstehende Arbeitsplätze inzwischen erheblich nach unten korrigiert worden. Ernüchterung hat sich breit gemacht. Das bedeutet für den Osten allerdings, daß wir nur dann in zehn bis zwanzig Jahren die gleiche Wirtschaftskraft erlangen können wie im Westen, wenn alle Neuinvestitionen vorrangig hier in den östlichen Bundesländern getätigt werden. Darum wäre es eine Katastrophe, wenn die Wirtschaftsförderung, die diese Investitionen in den Osten lenken soll, abbricht und gekürzt wird. Selbst die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, die inzwischen das Wirtschaftswachstum im Osten - wie in Deutschland insgesamt - sehr pessimistisch einschätzen, sind zu dem Schluß gekommen, daß die Hilfe für neue Investitionen im Osten verstärkt werden muß. Wenn dies nicht geschieht, wird der Abbau von Arbeitsplätzen im produktiven Bereich weiter voranschreiten oder neu einsetzen. Das Ungleichgewicht zwischen West und Ost würde auf Dauer festgeschrieben und damit das Wachstum in Deutschland insgesamt begrenzt.

Da die Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze durch moderne Investitionstätigkeit begrenzt sind, müssen wir weitere Bereiche finden, in denen die verfügbare bezahlbare Arbeit vermehrt werden kann. Arbeit ist ja reichlich da. Sie liegt bei uns immer noch auf der Straße: im Sozialbereich, im Bereich der Kultur, bei der Pflege der Landschaft aber auch bei der Verbesserung unserer wirtschaftlichen Ansiedlungsstruktur, wie die vielen Beschäftigungs- und

Sanierungsgesellschaften gezeigt haben. Wir brauchen eine Vermehrung der bezahlbaren Arbeit durch öffentlich geförderte und gesellschaftlich notwendige Arbeit. Wer dies nur als eine Übergangslösung bezeichnet, verschließt die Augen vor der Tatsache, daß sich die Arbeitswelt grundlegend geändert hat. Es ist nicht nur besser, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, sondern es ist auch nicht viel teurer. Berechnungen haben gezeigt, daß die Bezahlung von Arbeit nur etwa 10 % teurer ist als die Bezahlung von Arbeitslosigkeit, vorausgesetzt man akzeptiert in diesem Bereich eine entsprechende Lohnstruktur. Diesen Preis sollte uns eine soziale und menschengerechte Gesellschaft wert sein. Die bezahlbare Arbeit kann sicherlich auch dadurch vermehrt werden, daß diejenigen, die jetzt zu viel zu tun haben und gerne Arbeit an andere abgeben würden, durch entsprechende finanzielle und steuerliche Rahmenbedingungen auch dazu in die Lage versetzt werden und nicht in die Vergabe von Schwarzarbeit ausweichen. Und dies darf nicht nur auf der Basis der niedrig bezahlten 590-Mark-Jobs ohne soziale Sicherung gehen. Wir brauchen endlich eine Veränderung des Steuerrechts, das einfacher und gerechter werden muß. Ich sehe mit großer Sorge, daß inzwischen auch im Dienstleistungsbereich in größerem Umfang sichere Arbeitsplätze abgebaut und durch sozial ungesicherte Arbeitsplätze ersetzt werden. Arbeitgeber, die sich derart aus der sozialen Verantwortung stehlen, verlassen den Boden einer solidarischen Gesellschaft.

Es muß also unser Ziel sein, die bezahlbare Arbeit gerade in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit deutlich zu vermehren. Dabei wird auch unsere Innovationsfähigkeit und Risikobereitschaft eine entscheidende Rolle spielen. Doch selbst wenn wir all unsere Fantasie anstrengen, die bezahlbare Arbeit zu vermehren, so werden wir dabei doch an Grenzen stoßen. Wir haben die Aufgabe, die dann zur Verfügung stehende bezahlbare Arbeit gerechter zu verteilen. Hierzu sind viele Vorschläge unterbreitet worden, die alle in bestimmten Bereichen sinnvoll sind und auch nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Sie umzusetzen, das ist ein Bündnis für Arbeit wert. Es ist darum verantwortungslos, die für dieses Bündnis nötigen Partner vor den Kopf zu stoßen und die Konfrontation in der Gesellschaft heraufzubeschwören, die zu tiefen Spaltungen führen kann. Im Osten Deutschlands hat immer noch die Frage gegolten, wie wir das Problem lösen können. Der Bundeskanzler scheint offenbar nur die Frage zu stellen, wie er das Problem lösen kann. Aber er wird es nicht lösen können, wenn er die Entsolidarisierung der Gesellschaft weiter betreibt. Zur gerechten Verteilung der Arbeit wird es erforderlich sein, die Arbeitszeiten auch ohne Lohnausgleich zu verkürzen. Viele Belegschaften ostdeutscher Betriebe, die mit großem Engagement für die Erhaltung ihrer Unternehmen kämpfen, sind an dieser Stelle zu großen Opfern bereit gewesen und sind es weiterhin. Hier ist das Bündnis für Arbeit praktiziert worden, über das andere nur reden. Aber hier sind wirklich Opfer erbracht worden und zwar von Menschen, die im Durchschnitt noch wesentlich weniger verdienen als der Durchschnitt des Westens. Wenn solche Solidarität überall Platz greifen würde, wären wir in Deutschland ein Stück weiter. Wer

statt dessen von Arbeitszeitverlängerung redet und das Renteneintrittsalter erhöhen will, hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden.

Wir brauchen auch bessere Angebote für Teilzeitarbeit, vernünftige Altersübergangsregelungen, die die soziale Sicherheit im Alter nicht gefährden. Dazu liegen Vorschläge unter anderem von Sachsen-Anhalt im Bundesrat. Wir sollten den Mut haben, sie umzusetzen. Wir brauchen den Abbau von Überstunden mit Flexibilisierung von Jahresarbeitszeit, also Arbeitszeitkonten oder ähnliche Instrumente. Uns würde dazu im Osten viel einfallen. Wir könnten vieles praktizieren, wenn die Bundesregierung sich endlich darauf einlassen würde, vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen. Darum fordere ich hier die Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik. Wenn diese Bundesregierung schon nicht den Mut hat, moderne Regelungen in ganz Deutschland einzuführen, dann soll sie wenigstens dem Föderalismus in Deutschland eine Chance geben und in die Gesetze Experimentierklauseln einbauen, die es den einzelnen Landesregierungen gestatten, neue Wege zu gehen und dabei Erfahrungen für das gesamte Deutschland zu sammeln.

Ich war vor einigen Tagen auf einem Aktionstag unserer Beschäftigungsgesellschaften zum Thema Ausgründungen. Was da an Fantasie und Kreativität zur Neugestaltung der Arbeitswelt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu hören war, gehörte für mich zu den hoffnungsvollsten Zeichen der letzten Monate. Es ist unerträglich daran zu denken, daß solche Möglichkeiten jetzt in sich zusammenbrechen, bloß weil die Bundesregierung die Notwendigkeit nicht mehr erkennt, auch weiter eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, und die Zuschüsse für die Bundesanstalt für Arbeit streicht. Nicht die Rückführung der Arbeitsmarktpolitik im Osten auf westdeutsches Niveau ist erforderlich, sondern die Anwendung der Erfahrungen im Osten auf entsprechende Problembereiche im Westen.

Wenn sich die Arbeitswelt so grundlegend verändert, dann kann es auch nicht mehr sein, daß allein die Arbeit der abhängig Beschäftigten und ihre Einkommen die sozialen Sicherungssysteme tragen müssen. Es wird in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß alle Kosten des Sozialstaates auf den Faktor Arbeit abgeladen werden. Dies nämlich hätte zur Folge, daß menschliche Arbeit in beschleunigtem Maße durch Rationalisierungsinvestitionen ersetzt würde. Mit der weiteren Folge, daß die Arbeitslosigkeit steigen und daß sich die Sozialkosten weiter erhöhen würden.

Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein Problem der Betroffenen. Sie ist ein Problem der ganzen Gesellschaft. Das bedeutet, daß nicht nur die Arbeitslosenversicherung, die von den abhängig Beschäftigten gezahlt wird, für die Kosten der Arbeitslosigkeit aufkommen kann. Die aktive Arbeitsmarktpolitik muß von allen Gliedern der Gesellschaft getragen werden. Dazu müssen die Starken mit den breiteren Schultern mehr Lasten tragen als diejenigen, die ohnehin schon

durch geringe Einkommen an den Rand des Existenzminimums gedrängt werden. Arbeit für alle, das kann nur gelingen, wenn auch alle zu einer entsprechenden Arbeitsmarktpolitik beitragen, auch die Beamten und Unternehmer, auch die gut verdienenden Selbständigen, Rechtsanwälte und Notare. Die gerechte Verteilung der Lasten ist ein Grundbaustein der solidarischen Gesellschaft. Wer allerdings an dem Zauberwort der Besitzstandswahrung festhält, wird auf diesem Wege nicht vorankommen.

Es ist für mich absolut unverständlich, wie die Bundesregierung aus populistischen Gründen den Solidaritätszuschlag absenken konnte, ohne eine Gegenfinanzierung vorzulegen und gleichzeitig die Erhöhung der Rentenversicherung bekanntgab, die die Kosten der Arbeit weiter erhöht. Diese alarmierende Konzeptionslosigkeit der Bonner Regierung führt uns in die Sackgasse. Nötig wäre dagegen die Befreiung der sozialen Sicherungssysteme von versicherungsfremden Leistungen, die dann steuerfinanziert werden. Da helfen keine Sonntagsreden, da ist Mut zur richtigen Entscheidung gefragt.

Wenn die Arbeitswelt sich so verändert, dann müssen auch die Probleme der Qualifizierung, Bildung und Ausbildung neu bedacht werden. Bildung muß die Menschen befähigen, Wandel und Veränderung, die zu einem Dauerzustand unserer Gesellschaft werden, nicht nur zu ertragen, sondern als Antwort auf veränderte Wirklichkeit selbst zu initiieren und zu gestalten. Da haben wir Ostdeutschen eine harte Schule hinter uns gebracht. Unsere Veränderungsfähigkeit ist bis an die Grenzen des menschlich Verkraftbaren strapaziert worden. Wir haben erlebt, wieviel man da leisten kann. Das sollte die Westdeutschen ermutigen, sich ebenfalls aktiv auf die notwendigen Veränderungen einzulassen.

Lernen allerdings gelingt nicht ohne Hoffnung auf Erfolg. Die Angst, die mit jedem Lernprozeß verbunden ist, braucht die Sicherheit, daß sich Lernen lohnt. Deswegen sind klare Zukunftsperspektiven so wichtig.

Wie können Kinder in der Schule erfolgreich lernen, wenn sie keine Hoffnung auf einen Ausbildungsplatz haben? Wir brauchen hier ein Bündnis für Ausbildung. Es ist nicht einzusehen, daß es uns angeblich aus Kostengründen nicht gelingt, im dualen System ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Wenn die Wirtschaft sich bereit erklärt, 10 % mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und das auch nachweisbar garantiert, dann könnten die Auszubildenden ihren Beitrag auch leisten durch einen gewissen Verzicht auf Ausbildungsvergütungen. Es muß uns gelingen, einen Pakt für Ausbildung zu schließen, der jedem jungen Menschen einen Ausbildungsplatz garantiert. Auch das ist ein Grundpfeiler in einer solidarischen Gesellschaft.

Der internationale Wettbewerb erfordert in Deutschland eine hochqualifizierte Bildung auch in unseren Hochschulen. Die ostdeutschen Hochschulen haben sich in den letzten Jahren einer Evaluierung durch den Wissenschaftsrat unterzogen, die zu radikalen Veränderungen geführt hat. Auch wenn wir dabei noch viel zu wenig aus internationalen Erfahrungen aufgenommen haben, sind bei uns inzwischen außerordentlich leistungsfähige und innovative Bildungseinrichtungen entstanden. Ich frage mich manchmal, ob nicht auch einige westliche Universitäten einer solchen Erneuerungskur unterzogen werden müßten.

Eine sozial gerechte und solidarische Gesellschaft muß allerdings nicht nur den Eliten eine gute Zukunft bieten. Bildung für alle ist eine alte sozialdemokratische Forderung. Sie darf nicht auf der Strecke bleiben.

Die grundlegenden Veränderungen unserer Arbeitswelt, von denen ich gesprochen habe, werden auch Auswirkungen auf unsere Demokratie insgesamt haben. Ich habe vorhin von den Sanierungs- und Ausbildungsgesellschaften geredet, die mit relativ wenig Geld sinnvolle und gesellschaftlich notwendige Arbeit bezahlbar gemacht haben. Ohne Kreativität und Fantasie von unten werden wir die Probleme nicht lösen. Das gilt genauso in den Betrieben und Dienstleistungsunternehmen. Diese Demokratie braucht mehr Spielräume für Experimente, sonst werden wir den Weg in die Zukunft nicht finden. In einer Zeit des Umbruchs läßt sich nicht alles generell und von oben regeln. Das gilt für die notwendigen Flächentarifverträge ebenso wie für das Arbeitsförderungsgesetz.

Wir brauchen eine gemeinsame Vision für unsere zukünftige Gesellschaft. Dabei helfen uns keine rückwärtsgewandten realsozialistischen Vorstellungen von einem fürsorglichen Staat, der uns alles abnimmt, zum Schluß auch die Freiheit. Wir brauchen eine öffentliche Auseinandersetzung über diese Zukunftsvorstellungen. Dazu brauchen wir in Deutschland eine neue Streitkultur, denn es geht in der Tat um eine Richtungsentscheidung zwischen solidarischer Gesellschaft und einer weltweiten Wirtschaftsinteressen untergeordneten Gesellschaftsstruktur. Dieser Streit um die Richtung darf aber nicht in lang eingeübten Ritualen zerredet werden. Wenn eine Bundesregierung Vorschläge aus der Tasche zaubert, die nicht mehr verhandlungsfähig sind, dann zerstört sie diese nötige Streitkultur.

Dieser kulturvolle Streit um unsere Vorstellungen von der zukünftigen Gesellschaft muß zu einem neuen Gesellschaftsvertrag, einem Konsens darüber führen, auf welcher Basis wir die Gesellschaft gestalten wollen. Die sozialdemokratische Haltung ist klar. Wir wollen eine solidarische und gerechte Gesellschaft, die die Solidarität nicht nur der jetzt lebenden Menschen organisiert, sondern auch die Solidarität mit den zukünftigen Generationen. Diese Solidarität beweist sich dadurch, daß wir dafür sorgen, daß auch unsere Kinder noch Luft zum

Atmen haben, daß die Natur bewahrt wird und unser Globus Raum für ein menschliches Leben aller bietet.

Die soziale Marktwirtschaft beruht auf dem Prinzip der Solidarität der Starken mit den Schwachen. Wer diese Solidarität in Deutschland über Bord wirft und zum Beispiel wie der Bundeskanzler die Gewerkschaften mit unannehmbaren Forderungen vor die Tür setzt, der sägt an den Grundlagen dieser sozialen Marktwirtschaft. Die Säulen, auf denen das westliche Wirtschaftswunder beruhte, sind zerstört. Es muß ein neues Fundament für die soziale Marktwirtschaft gelegt werden. Dabei wollen und dabei müssen wir Ostdeutschen mit unserer Erfahrung - nicht nur aus 40 Jahren DDR, sondern vor allen Dingen aus sechs Jahren des Neuaufbaus nach der Wende - mitreden. Dazu soll dieses Forum Ostdeutschland die Plattform bieten. Daran wollen wir in der Arbeitsgruppe weiterarbeiten. Alle, die sich dem Grundziel einer solidarischen Gesellschaft verpflichtet fühlen, sind eingeladen zu diesem auch über den heutigen Tag hinausgehenden Dialog.

